

BLICKPUNKT

EXTRA

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 06 -EXTRA-

Juli 2004

Jahrgang 33

ÖPNV - Fahrpreise familienfeindlich Skandalöse Fahrpreiserhöhung im Heidenheimer Tarifverbund Landrat Hermann Mader und Kreisräte handlungsunfähig

Sie nehmen es so wie es kommt, die Herren Kreisräte. Sie alle sind ohne Protest und geben die Skandale der Sozialkürzungen die von Oben kommen, nach unten einfach weiter. Kaum sind sie vom Volk gewählt, stehen sie in Reih und Glied mit ihren Landes- und Bundespolitikern und entscheiden sich gegen das Volk. MdB Brunnhuber (CDU) und MdB Elser (SPD) haben in Berlin die Grundlagen mit der Kürzung der Ausgleichsleistungen für die Schülermonatskarten gelegt. Und die Stuttgarter CDU-Landesregierung tat ihr Übriges. Im Kreis, an der Spitze OB Ilg (CDU), samt seinen Kreisbürgermeistern, BM Domberg, (SPD), die Grünen mit Stadtrat Sautter und die Freien Wähler mit den Stadträten Grath und Haug samt ihren Fraktionen und Stadtkämmerer Zeeb (CDU) leisteten keinen Widerstand gegen die unsoziale Maßnahme. Auch in der Stadt wird weiter an sozialen Leistungen und Aufgaben gekürzt werden.

Kommunale Vorleistungen werden nicht honoriert.

Das in den vergangenen Jahren mit Steuergeldern verbesserte ÖPNV-Liniennetz, der Bau der Zentralen Omnibushaltestelle



Marienstraße, das dem Heidenheimer Tarifverbund insbesondere der Heidenheimer Verkehrsgesellschaft (HVG) deutlich besseren Ertragsbedingungen sicherte, wird von den Verantwortlichen nicht honoriert.

Eine für den ÖPNV kontraproduktive Entscheidung.

Um die Innenstadt deutlicher vom motorisierten Individualver-

kehr zu entlasten, wird die Alternative ÖPNV mit Füßen getreten. Eine für die Stadt, wegen ihrer topographischen Enge, wichtige Wohlfühlentscheidung, den ÖPNV attraktiver zu gestalten, wird mit der jährlichen Fahrpreiserhöhung in weite Ferne gerückt. Der Skandal wirkt in zwei Richtungen. Er belastet die Haushalte die den ÖPNV brauchen und sie behindert eine kontinuierliche ÖPNV-Verbesserung. Öffentliche, und gläserne Taschen der HTV Betriebe

Nicht nur die Heidenheimer Verkehrsgesellschaft (HVG) auch die übrigen Beteiligten an dem Tarifverbund haben die verdampte Pflicht und Schuldigkeit, ihre Bilanzen und Betriebsergebnisse der Öffentlichkeit zur Kontrolle auszuhandigen. Wer öffentliche Aufgaben erfüllt, der hat auch bitteschön, öffentlich Rechenschaft über seine Betriebsergebnisse und seine Betriebspolitik zu geben.





Familienfreundlich ist: ÖPNV Fahrpreise sozial staffeln

Hartz IV Betroffene müssen kostenlos befördert werden.
Familienabschläge nach Einkommern gestaffelt einführen
Sozialpass ausweiten
Schülermonatskarten subventionieren



Wo bleibt der organisierte Widerstand mit den Gewerkschaften?



Mit Umhängeschilder „Weg mit der Agenda 2010“ „Widerstand gegen den Sozialkahl-schlag“ und dem Transparent „Unser Kanzler-Genosse der Bosse“ protestierten Mitglieder der Heidenheimer Initiative gegen den Sozialkahl-schlag, darunter auch VOITH-Betriebsräte. „Sauer“ sind die Sozis und Gewerkschaftsfunktionäre, sie wurden von Schröder nicht beachtet. Hand in Hand dagegen schritten BDI-Rogowski, und Bundeskanzler zum gemeinsamen Abendmahl. Gekreuzigt wir wohl Schröder, spätestens dann wenn die Politik der SPD/Grünen-Regierung den Interessen des BDI-Klassenkämpfers nicht mehr entspricht. Beide reiben sich heute noch die Hände. Die paritätisch finanzierte Rente ist weg, die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger werden weiter geschöpft, die Tarifrachte werden mit Füßen getreten und die Voithianer verzichten weiter auf Löhne und Gehälter. Unter solchen Voraussetzungen können die Herren des Kapitals gut lachen.

HIROSHIMA mahnt!



Hiroshima und Nagasaki mahnen uns! 60. Jahrestag (2005) des Abwurfs der Atombombe in Hirishima und Nagasaki

Die Zivilbevölkerung in den Städten und die Städte selbst, sind die Leidtragenden aller kriegerischer Auseinandersetzungen. Deshalb müssen auch kommunale Entscheidungen möglich sein, die über den Kirchturm hinausreichen. Gerade im Zusammenhang mit der Europäischen Kriegsverfassung kann es nicht nur der großen Politik überlassen bleiben, was mit den Menschen und den Städten im Falle atomarer Konflikte passiert. Gemeinderat und Stadtverwaltung fordern wir auf, im Rahmen des am 06.11.1986 gefassten Beschlusses, ihrer internationalen Verpflichtung die durch die Mitgliedschaft in der Städtesolidarität entstanden ist, nachzukommen.

Ausländerfeindlicher Hintergrund bestätigt

Antifaschistische Demonstration der SDAJ gegen Rechts war gerechtfertigt.
Bluttat vor dem K2 hart an der Grenze zu Mord

Die Tat kurz vor Weihnachte 2003 bleibt in schrecklicher Erinnerung. Die Trauer und der Schmerz der Hinterbliebenen kann weder durch das Urteil noch durch die Anteilnahme aus der Öffentlichkeit entscheidend gemildert werden. Der damalige Versuch den ausländerfeindlichen Hintergrund zu negieren und eine Einzeltäter-Version zu konstruieren ist heute nach dem Urteilsverlauf widerlegt. Rechtsextremistisches Paroledenken kommt nicht von ungefähr. Junge Menschen ohne Zukunftsperspektiven, ohne gefestigtes Umfeld und mit Angst vor Arbeitslosigkeit, sind empfänglich für neofaschistische Handlungen, die gezielt aus den Reihen der REP's der DVU der NPD und anderer rechter Gruppierungen und sog. Kameradschaften verbreitet werden. Es ist höchste Zeit, dass sich Gemeinderat und Verwaltung weit deutlicher wie in der Vergangenheit sich mit der antifaschistischen Aufklärung befasst. Im letzten Jahr wurden fast 11 000 rechtsextremistische Straftaten in Deutschland begangen. Über 120 Menschen sind in den letzten Jahren von Neofaschisten getötet worden. Leider muss man auch heute wieder betonen, dass Verfassungsschutz und Geheimdienste der BRD dem Terror der Nazis durch Duldung, manchmal Initiierung Vorschub leisten. Justiz und Polizei erkämpften den Nazis oft dadurch Freiräume, indem deren Aktionen genehmigt und gegen Proteste geschützt werden.

Faschismus ist keine Meinung Faschismus ist ein Verbrechen.

GBH
reagierte sofort!

Weil der Gehweg in der Römerstraße durch überhängende Hecken knapp 100 Meter nicht mehr begehbar war, wandten sich verschiedene Oststadtbewohner an DKP Stadtrat Reinhard Püschel und baten um Unterstützung für eine Rückschnittmaßnahme. Nach einem Protestschreiben an die GBH-Verwaltung wurde sofort reagiert. Ein Rückschnitt erfolgte umgehend. Püschel: Eine gute Arbeit von der GBH.